

Pflegekosten | 29.11.2019 | Lesezeit 4 Min.

Wer kann das noch zahlen?

Immer mehr Menschen sind pflegebedürftig – und die Pflege wird für sie immer teurer, weil die Eigenanteile in den vergangenen Jahren durch die Decke gegangen sind. Wie viel der Einzelne dazuzahlen muss, hängt außerdem stark vom Bundesland ab: Besonders viel wird in Baden-Württemberg fällig, während die jüngsten Kostensteigerungen in Mecklenburg-Vorpommern am heftigsten ausfielen.

Jede Pflegeeinrichtung in Deutschland stellt ihren Bewohnern monatlich eine Rechnung: Aufgelistet sind darin der Pflegesatz, der die Pflege und die soziale Betreuung beinhaltet, die sogenannten Hotelkosten für Unterkunft und Verpflegung sowie die Investitionskosten, die die Heimbetreiber auf die Bewohner umlegen. Unterm Strich ergeben sich so hohe Kosten. 3.000 Euro und mehr sind keine Seltenheit.

Zwar muss ein Pflegebedürftiger diese Rechnung nicht gänzlich zahlen – die Pflegeversicherung übernimmt nach Pflegegrad gestaffelt einen Teil der Pflegekosten. Dennoch bleibt der Eigenanteil hoch. In den vergangenen Jahren ist er zudem deutlich gestiegen:

In der niedrigsten Pflegestufe eins musste ein Betroffener 2001 im Bundesdurchschnitt 164 Euro pro Monat zuzahlen - 2015 waren es bereits 428 Euro.

In den einzelnen Bundesländern haben sich die Eigenanteile ganz unterschiedlich entwickelt: Während Pflegebedürftige in Brandenburg und Thüringen zur Jahrtausendwende noch nichts privat zur Pflegestufe eins beisteuern mussten, zahlten sie im Jahr 2015 bereits 299 Euro in Brandenburg und 110 Euro in Thüringen. Den

stärksten Anstieg der Privatkosten in derselben Pflegestufe verzeichnete das Saarland:

Zwischen 2001 und 2015 sind die privaten Pflegekosten im Saarland von 41 Euro auf 667 Euro monatlich gestiegen.

Die unterschiedlichen Kosten sind unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Länder eigene Personalquoten festlegen und dass sich die Lohnstruktur in der Pflege in den Bundesländern unterscheidet.

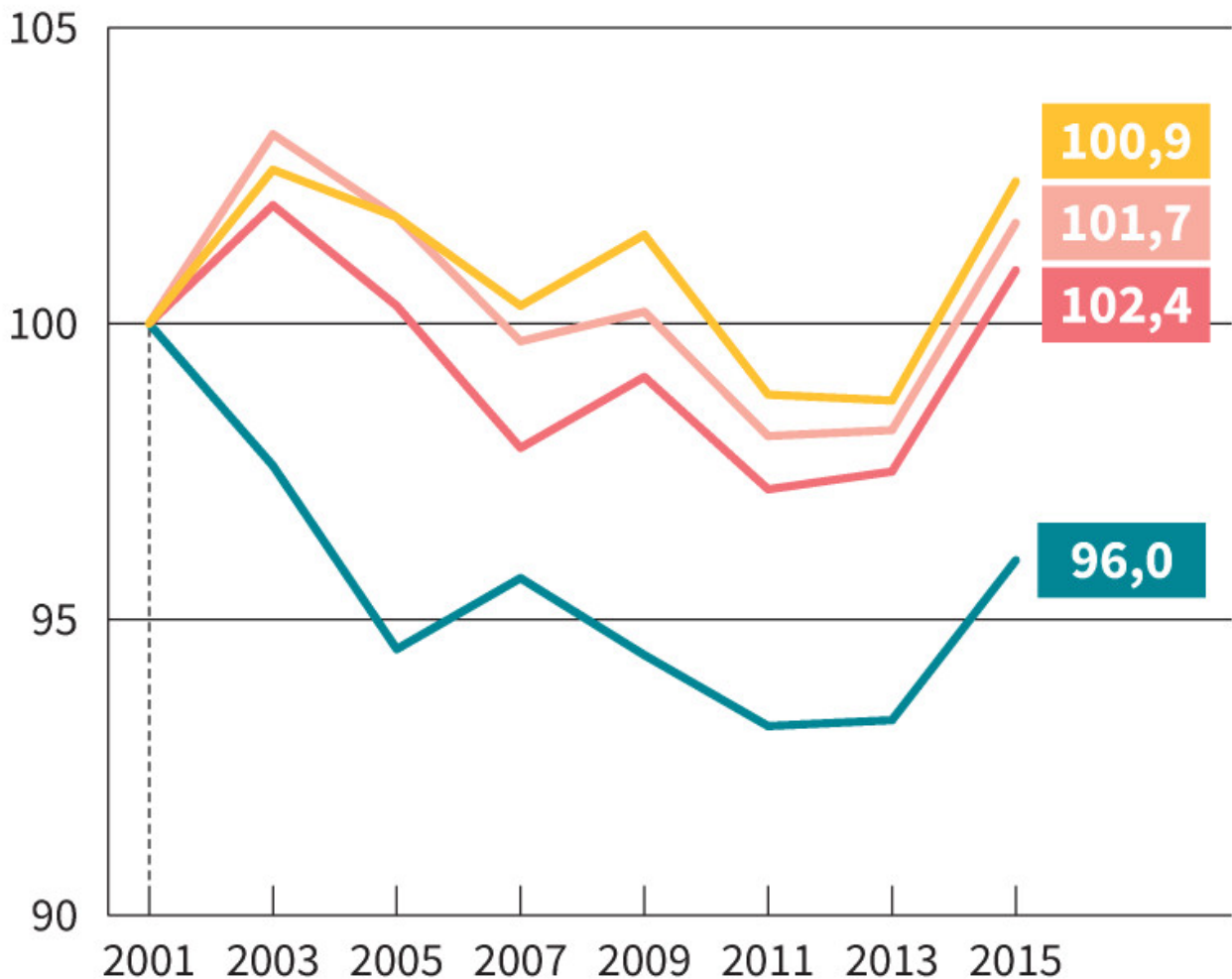
Der flächendeckende Kostenanstieg kann derweil nicht mit einer allgemeinen Kostenzunahme im Pflegesektor erklärt werden, denn eine übermäßige Preissteigerung in den Jahren 2001 bis 2015 ist nicht zu erkennen (Grafik):

In einigen Jahren ist die Entwicklung der Pflegekosten im Bundesdurchschnitt sogar deutlich hinter dem allgemeinen Preistrend zurückgeblieben.

Die Pflegekosten haben sich kaum erhöht

Entwicklung der realen Pflegesätze in Deutschland, 2001 = 100

■ Pflegestufe I ■ Pflegestufe II ■ Pflegestufe III
■ Unterkunft und Verpflegung



Pflegesatz: Entgelt, das den Bewohnern einer Einrichtung für Pflegeleistungen je nach Pflegestufe in Rechnung gestellt wird

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

iwd

Auch die Kosten für Unterkunft und Verpflegung, die von Pflegebedürftigen gänzlich aus eigener Tasche bezahlt werden müssen und so den Eigenanteil maßgeblich beeinflussen, sind nur moderat gestiegen. Erst seit 2013 kann überhaupt von einem Mehr an Pflegekosten die Rede sein.

Die Kostenmisere hat vielmehr einen anderen Grund: Mehr als ein Jahrzehnt wurden die gesetzlichen Versicherungsbeiträge nicht an die Preisentwicklung angepasst. Somit sind zwar die Pflegekosten im Vergleich zur allgemeinen Preisentwicklung nicht besonders stark gestiegen – der Versicherungszuschuss zur Pflege ist aber immer weiter geschrumpft:

Die Leistung der Pflegeversicherung ist zwischen 1999 und 2015 in den Pflegestufen eins und zwei real um gut 18 Prozent gesunken.

Im Jahr 2015 wurden die Beiträge für die Pflegestufen eins und zwei erstmalig angehoben. Nur die Zuschüsse in Pflegestufe drei wurden in den Jahren davor schrittweise erhöht – mit sehr überschaubarem Effekt: Die Leistung der Pflegeversicherung hat sich auch in der dritten Stufe in preisbereinigter Rechnung um 11 Prozent verringert.

Entsprechend deutlich sind die privaten Zuzahlungen in die Höhe geschossen. Für viele Pflegebedürftige und ihre Familien bedeuten sie mittlerweile eine große finanzielle Belastung. Angesichts der alternden Bevölkerung in Deutschland dürfte sich das Kostenproblem noch vergrößern, falls keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Seit der Pflegereform von 2017 sind die privaten Pflegekosten nochmal gestiegen – am höchsten ist der Eigenanteil mit 953 Euro derzeit in Baden-Württemberg.

Auch die bislang letzte Pflegereform hat an diesem Befund nichts geändert – im Gegenteil. Zur Erinnerung: Die bis dato geltenden drei Pflegestufen wurden im Rahmen der im Jahr 2017 in Kraft getretenen Reform in fünf Pflegegrade umgewandelt. Seither wird der Eigenanteil eines Pflegebedürftigen nicht mehr anhand seiner Pflegestufe festgelegt, sondern je Pflegeeinrichtung einheitlich berechnet.

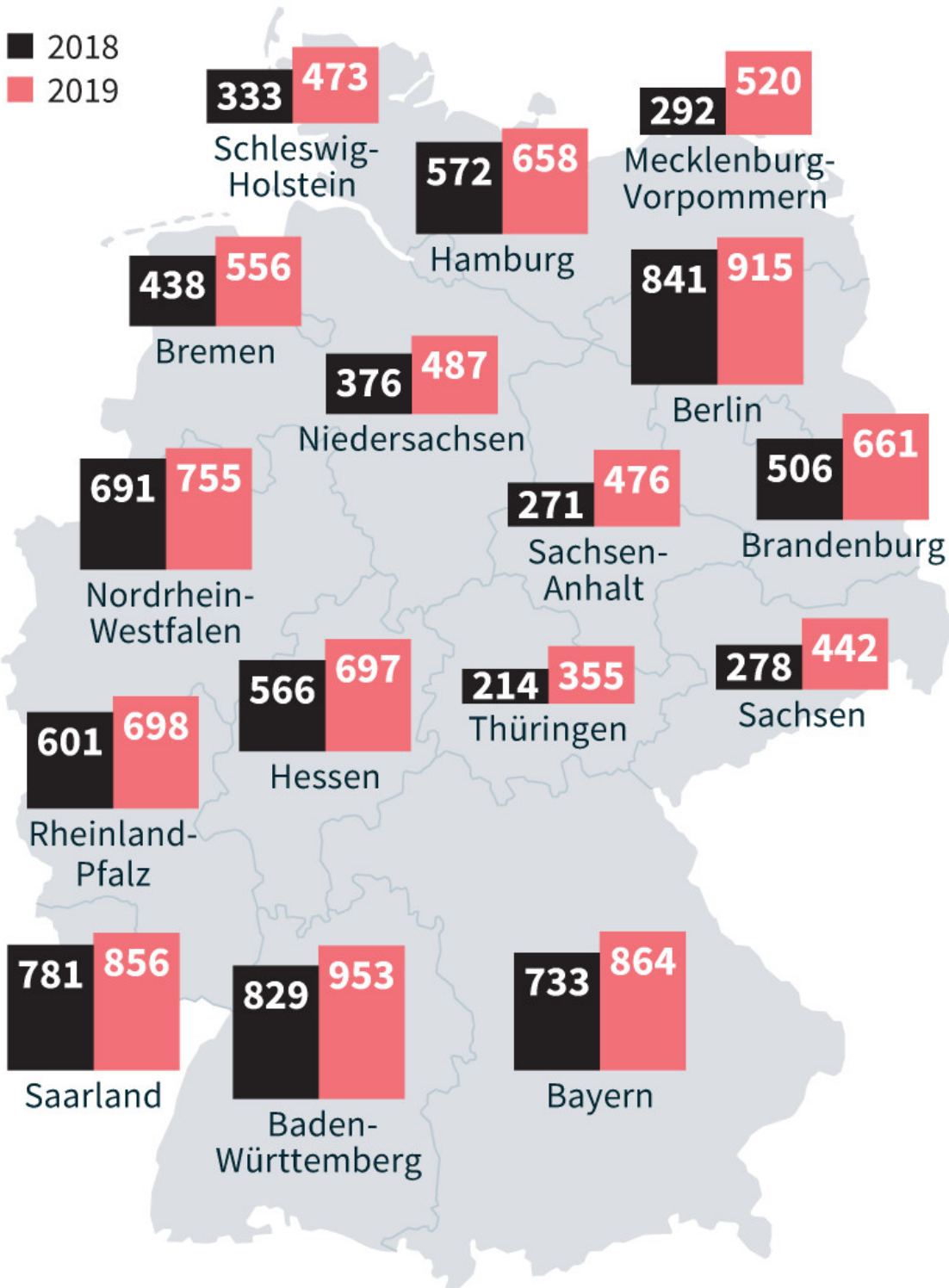
Ziel der Maßnahme seitens der Politik war es, die ambulante Pflege für Menschen mit niedrigem Pflegegrad attraktiver zu machen und in den Pflegeheimen verstärkt Betroffene mit einem hohen Pflegegrad zu versorgen.

Die Reform hat den Anstieg der Eigenkosten allerdings nicht gebremst (Grafik):

In allen Bundesländern sind die privaten Pflegekosten im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr noch einmal gestiegen.

Die privaten Kosten für die Pflege steigen

So hoch ist der einrichtungseinheitliche Eigenanteil, der zur Pflege monatlich dazugezahlt werden muss, in Euro



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

Am teuersten ist die Pflege für die Betroffenen in Baden-Württemberg, dort müssen Pflegebedürftige monatlich 953 Euro aus eigener Tasche zahlen – das sind 15 Prozent mehr als 2018. Auch in Berlin, Bayern und dem Saarland ist der Eigenanteil hoch.

Am günstigsten ist die Pflege in den neuen Bundesländern – allerdings hat sich dort der Privatbeitrag am stärksten erhöht: In Thüringen müssen Pflegebedürftige aktuell monatlich 355 Euro zuzahlen – ein Plus von 66 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In Mecklenburg-Vorpommern zahlen Pflegebedürftige in diesem Jahr sogar 78 Prozent mehr als noch 2018.

In der Politik ist man sich des anhaltenden Pflegekostenproblems zwar bewusst, überzeugende Lösungen liegen aber noch nicht auf dem Tisch. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat mit der Zwei-Säulen-Strategie einen eigenen konkreten Reformvorschlag entwickelt, mit dem die Belastungen für die Pflegebedürftigen begrenzt werden könnten (siehe Seiten 4-5). Demnach gäbe es künftig neben der gesetzlichen Pflegeversicherung eine Versicherung, mit der die Eigenanteile in der Pflege verlässlich abgesichert wären. Vor allem jungen Menschen käme dieser zusätzliche Baustein in der Pflegefinanzierung zugute, da eine Eigenanteilsversicherung die nachfolgenden Generationen nicht zusätzlich belastet.

Kernaussagen in Kürze:

- Einen immer größeren Teil der Pflegekosten müssen Pflegebedürftige aus eigener Tasche zahlen.
- Dabei fallen die privaten Zuzahlungen je nach Bundesland sehr unterschiedlich aus – am höchsten ist der Eigenanteil für Betroffene momentan in Baden-Württemberg.
- Verantwortlich für die Kostenmisere sind unter anderem die gesetzlichen Versicherungsbeiträge, die mehr als ein Jahrzehnt lang nicht an die reale Preisentwicklung in Deutschland angepasst wurden.